

# §. Ausfertigung

## Öffentliche Bekanntmachung

**Flurneuordnungsverfahren: „Lübs“**

**Gemeinden: Lübs**

**Landkreis: Vorpommern-Greifswald**

**Az.: 31i 5433.3 / 33222**

## Beschluss

### 5. Änderung des Verfahrensgebietes

In der Flurneuordnung Lübs, Landkreis Vorpommern-Greifswald ergeht gemäß § 8 des Flurbereinigungsgesetzes in der Fassung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546) mit späteren Änderungen folgender Beschluss:

#### I.

Unter II. 2. a) im Beschluss vom 9. November 2018 steht fälschlicherweise in der Auflistung der Flurstücke:

Gemeinde Lübs

Gemarkung Heinrichshof    Flur 7    komplett

richtig ist:

Gemeinde Lübs

Gemarkung Heinrichshof    Flur 1    komplett

Die Größe des Verfahrensgebietes ändert sich dadurch nicht. Die Gebietskarte ändert sich dadurch nicht.

#### II.

Die Abgrenzung kann während der Öffnungszeiten bei der Flurneuordnungsbehörde, dem

**Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern  
Dienststelle Ueckermünde  
Kastanienallee 13  
17373 Ueckermünde**

eingesehen werden.

#### III.

Die Eigentümer und ggf. Erbbauberechtigte der nachträglich zum Verfahren zugezogenen Flurstücke werden Teilnehmer der „Teilnehmergemeinschaft des Flurneuordnungsverfahrens“ „Lübs“ mit Sitz in Lübs.

Nebenbeteiligte sind die Genossenschaften, die Gemeinde, andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasser- und Bodenverbände und Inhaber von Rechten an Grundstücken im Verfahrensgebiet.

Nebenbeteiligte sind des Weiteren von nicht zum Verfahrensgebiet gehörenden Grundstücken, die zur Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Bodenordnungsgebietes mitzuwirken haben.

#### IV.

Inhaber von Rechten an den zugezogenen Flächen, die nicht aus dem Grundbuch ersichtlich sind, die aber zur Teilnahme am Flurneuordnungsverfahren berechtigen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von 3 Monaten - gerechnet vom ersten Tag der Bekanntmachung dieses Beschlusses - bei dem

**Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern  
Dienststelle Ueckermünde  
Kastanienallee 13  
17373 Ueckermünde**

anzumelden.

Diese Rechte sind auf Verlangen der Flurneuordnungsbehörde innerhalb einer von dieser zu setzenden weiteren Frist nachzuweisen.

Werden Rechte erst nach Ablauf der vorbezeichneten Fristen angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurneuordnungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines vorstehend bezeichneten Rechts muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

#### V.

Von der Bekanntgabe dieses Beschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Bodenordnungsplanes dürfen ohne Zustimmung der Flurneuordnungsbehörde

1. die Nutzungsarten der Grundstücke nicht verändert werden, soweit es nicht zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehört,
2. Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen und ähnliche Anlagen weder errichtet, wesentlich verändert noch beseitigt werden,
3. Bäume, Sträucher, Gehölze und ähnliches nicht beseitigt werden.

Bei Zuwiderhandlungen können Maßnahmen zu 1. und 2. im Bodenordnungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurneuordnungsbehörde kann den früheren Zustand wiederherstellen lassen.

Im Falle der Ziffer 3. müssen Ersatzpflanzungen angeordnet werden (§ 34 FlurbG). Ferner dürfen bis zur Ausführungsanordnung Holzeinschläge über den Rahmen einer ord-

nungsgemäßen Bewirtschaftung hinaus nur mit Zustimmung der Flurneuordnungsbehörde vorgenommen werden, anderenfalls sie die Wiederaufforstung anordnen kann (§ 85 Ziffer 5 und 6 FlurbG). Bei den zutreffenden Maßnahmen handelt die Flurneuordnungsbehörde im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde.

Verstöße gegen die in den § 34 Abs. 1 Nr. 2 und 3 und § 85 Nr. 5 FlurbG genannten Tatbestände können als Ordnungswidrigkeit mit Geldbußen geahndet werden (§ 154 FlurbG).

**Begründung:**

Die fehlerhafte Flurbezeichnung war zu berichtigen.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern, Sitz Stralsund oder dessen Außenstelle, Sitz Ueckermünde, erhoben werden.

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern  
Dienststelle Ueckermünde  
Kastanienallee 13  
17373 Ueckermünde

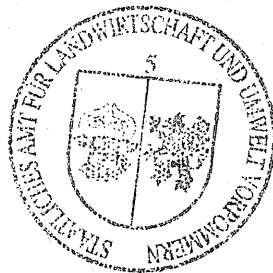
Ueckermünde, den 30. August 2019

Im Auftrag

*J. Passenheim*

Passenheim

Abteilungsleiter  
Abteilung integrierte ländliche Entwicklung



Ausgefertigt:  
Staatliches Amt für  
Landwirtschaft und  
Umwelt Vorpommern  
Ueckermünde, den 02. Sep. 2019  
i. A. *[Signature]*

